

# Vom „Riesenkonstrukt“ zum modernen Dienstleister

Bericht von der Delegiertenversammlung am 18. Februar 2026

Mit einem lebhaften Austausch über die Zukunft der Struktur der Weiterbildungsausschüsse hat die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Berlin eine richtungsweisende Debatte eröffnet. Im Zentrum steht eine grundlegende Reform. Während die einen für eine Verschlinkung und ein neues Rollenverständnis im Ehrenamt plädierten, mahnten andere die Beibehaltung der derzeitigen Strukturen im Ehrenamt an.

## Auszug aus der Tagesordnung der 14. Sitzung der Delegiertenversammlung

- Anfragen an den Vorstand
- Mitteilungen des Vorstandes
- Berichte der Ausschüsse
- Austausch zur Neuordnung der Weiterbildungsausschüsse der Ärztekammer Berlin
- 130. Deutscher Ärztetag vom 11.05. bis 15.05.2026 in Hannover
- Mündlicher Sachstandsbericht: Ergebnisse des Arbeitskreises Fachärztin/Facharzt für klinische Akut- und Notfallmedizin

Vor dem Einstieg in die Tagesordnung (TO) begrüßte PD Dr. med. Peter Bobbert (Marburger Bund), Präsident der Ärztekammer Berlin, die neue Delegierte Prof. Dr. med. Christiane Erley (Marburger Bund). Sie hat den Sitz von Prof. Dr. med. Jörg-Wilhelm Oestmann (Marburger Bund) übernommen. Erley war bereits in der 15. Amtsperiode in der Delegiertenversammlung (DV) vertreten und verfügt daher über Erfahrungen in der Berufspolitik.

Dieser Begrüßung stand ein trauriger Abschied gegenüber: Bobbert informierte die Delegierten darüber, dass Dr. med. Dittmar Kruska im Januar im Alter von 92 Jahren verstorben sei. Nach der Wiedervereinigung war er Mitglied der ersten gemeinsamen Delegiertenversammlung der Ärztekammer Berlin. Es folgten weitere Legislaturperioden, bevor er 2011 sein Mandat aufgab. Zudem war er ab 1998 für mehrere Jahre Mitglied des Vorstandes und engagierte sich mit großer Fachkenntnis und Verlässlichkeit im Weiterbildungsausschuss III. (Einen Nachruf auf Dr. med. Dittmar Kruska finden Sie auf Seite 29.)

Nach einer Schweigeminute begann Bobbert mit dem TOP 1 „Anfragen an den Vorstand“. Die Fraktion Gesundheit hatte mit einem Antrag nach den jährlich entstehenden Kosten für die Arbeit der einzelnen Ausschüsse und Arbeitskreise für die Wirtschaftsjahre 2023 und 2024 gefragt. Nach einem Dank für die ausführliche Antwort von Dr. med. Katharina Thiede (Fraktion Gesundheit) an das Hauptamt wurde das Thema nicht weiter vertieft.

Dr. med. Otto Ziehaus (Liste Integrative Medizin – LIMed Berlin) wies auf eine Zunahme psychotischer Personen im öffentlichen Raum Berlins hin. In einem Artikel seien kürzlich Ratschläge erteilt worden, wie man sich diesen Personen gegenüber verhalten solle. Ziehaus regte an, dass die Kammer dieses Thema aufgreift. Allgemein stehe es um die psychiatrische Versorgung in Berlin derzeit schlecht. Kliniken würden geschlossen, weil es an Pflegepersonal mangle. Auch bei den Gerichten machte Ziehaus Defizite aus. Richter:innen würden die Freiheit der Patient:innen zu einseitig in den Vordergrund stellen, sodass diese nicht in Behandlung kämen.

Die folgenden schriftlichen Mitteilungen des Vorstands ergänzte Bobbert um die Information, dass der Vorstand aus Gründen der Effizienzsteigerung beschlossen habe, dass für die Befugniserteilung zukünftig nicht mehr zwei Anträge gestellt werden müssen. Aktuell müssen Befugte, die Ärzt:innen in Weiterbildung nach der Weiterbildungsordnung (WBO) von 2004 weiterbilden, auch eine Befugnis für die WBO 2004 haben. Für diejenigen, die eine Befugnis nach der WBO 2021 beantragen und bisher noch keine Befugnis nach der WBO 2004 hatten, wird der nach der WBO 2021 gestellte Befugnisantrag nun auch für die WBO 2004 dupliziert. Aufgrund dieser Neuregelung muss die Abteilung Weiterbildung bis zu 25 Prozent weniger Befugnisansträge bearbeiten.

Danach informierte Bobbert, welche Ausschüsse in den nächsten Sitzungen unter dem TOP 3 berichten:

- DV am 6. Mai 2026: Fortbildungsausschuss
- DV am 1. Juli 2026: Ausschuss Medizinische Fachberufe
- DV am 9. September 2026: Ausschuss zur Schlichtung von Streitigkeiten über Behandlungsfehler
- DV am 25. November 2026: Ausschuss für Qualitätssicherung

Damit übergab er das Wort an Matthias Marschner (Fraktion Gesundheit), der den Delegierten als dessen Vorsitzender die Arbeit des Ausschusses für Menschenrechtsfragen vorstellte. „Menschenrechte sind ein Grundsatz unserer Arbeit“, begann Marschner seinen Vortrag. Der ärztliche Alltag zeige jedoch häufig etwas anderes, fügte er hinzu. In den Rettungstellen komme es häufig zu einer unzureichenden Behandlung obdachloser Patient:innen und vielerorts sei bis heute keine Sprachmittlung gegeben. Er verstehe den Ausschuss als „fachliches Frühwarn- und Beratungsgremium“. Zudem sehe er eine historische Verantwortung der Ärztekammer Berlin. Immerhin habe sie als erste Landesärztekammer bereits im Jahr 1995 einen Menschenrechtsbeauftragten berufen und 2003 den Ausschuss für Menschenrechtsfragen gegründet. Er wünsche sich jedoch mehr Außenwirkung für den Ausschuss und warb dafür, dass die Delegiertenversammlung dem Ausschuss einen Auftrag erteile.

### Neuordnung der Weiterbildungsausschüsse

Nach einem kurzen mündlichen Sachstandsbericht von Dr. med. Antje Koch, Leiterin der Abteilung Weiterbildung/Ärztliche Berufsausübung, zu den Antragsbearbeitungen im Zuge der WBO 2021, folgte eine von Bobbert geleitete Diskussion zur Neuordnung der Weiterbildungsausschüsse I bis VI.

Mit sechs Ausschüssen und 142 ehrenamtlichen Mitgliedern ist die Ärztekammer Berlin im Vergleich zu anderen Landesärztekammern außergewöhnlich breit aufgestellt. Einen solchen Umfang gebe es nirgends, die meisten Kammern hätten nur einen Ausschuss. Bobbert scherzte, er sei sich sicher, dass es bei 46 Delegierten 47 Meinungen zu dem Thema geben werde. Nun gelte es, einige Fragen zu klären, zum Beispiel, wie die verbleibenden Ausschüsse thematisch besetzt werden sollen. In der Sitzung am 6. Mai 2026 solle die Delegiertenversammlung zu diesem Thema eine Entscheidung hinsichtlich der Anzahl der Weiterbildungsausschüsse treffen.

Bereits im Vorfeld der Sitzung hatte die Delegiertenversammlung ein Arbeitspapier mit Zahlen, Daten und Fakten zur Reform der Organisationsstruktur der Weiterbildung als Diskussionsgrundlage erhalten. Der für die Sitzung entschuldigte Delegierte Julian Veelken (Fraktion Gesundheit) hatte einen Rechenfehler adressiert. Bobbert wies darauf hin und ergänzte, dass das fünf Jahre alte Papier das Ergebnis des seinerzeit dafür einberufenen Arbeitskreises sei und nicht

mehr dem aktuellen Sachstand entspreche. Mit den Worten, dass die Prozesse geändert werden sollen und die Strukturänderung das Ziel sei, eröffnete er die Debatte.

Laut Dr. med. Klaus Thierse (Marburger Bund) sei die aktuelle Ausschussstruktur historisch gewachsen und stamme aus einer Ära, in der das Hauptamt über deutlich geringere Kapazitäten verfügte. Angesichts der heutigen Schlagkraft der Sachbearbeitung sei die Anzahl der Ausschüsse nicht mehr zeitgemäß. Ein Blick auf die anderen Kammern zeige, dass oft ein einzelner Ausschuss ausreiche. Deshalb soll strategisch geprüft werden, ob mit zwei oder drei Ausschüssen gestartet werden könne, die dann im Zuge einer Übergangsphase sukzessive weiter reduziert werden könnten.

Prof. Dr. med. Wulf Pankow (Fraktion Gesundheit) bemängelte, dass der damalige, im November 2023 beendete Arbeitskreis seine Arbeit nicht beendet habe. Zudem habe sich dieser seinerzeit für drei bis vier und nicht, wie im vorgelegten Papier stehe, für zwei bis vier Ausschüsse ausgesprochen. Er beantragte, den Arbeitskreis mit dem Auftrag, ein gründliches Konzept zu erarbeiten, neu einzuberufen. Das vorgelegte Papier erfülle diesen Auftrag nicht.

Dr. med. Katharina Thiede (Fraktion Gesundheit) erklärte, sie habe das Gefühl, dass in der Diskussion die Frage mitschwingt, ob das Ehrenamt in dieser Funktion überhaupt noch gebraucht werde. „Ich finde das Ehrenamt klasse“, sagte sie. Aus ihrer Sicht sei es ein Fehler, es „wegzurationalisieren“. Prof. Dr. med. Tobias Tenenbaum (Marburger Bund) appellierte daraufhin an die Delegierten, nicht in ein Brainstorming-Format oder eine „Meckerrunde“ abzugleiten. Seines Erachtens sollten vielmehr Wünsche gesammelt werden, wie man die Ausschussstruktur neu gestalten könne.

Im weiteren Verlauf unterstrich Prof. Dr. med. Rajan Somasundaram (Marburger Bund) die Notwendigkeit, den Prozess der Antragstellung zu strukturieren. Man müsse sich über die Aufwände Gedanken machen und den Prozess verschlanken. Dr. med. Eva Müller-Dannecker (Fraktion Gesundheit) stimmte dem Ansatz der Prozessoptimierung grundsätzlich zu. Die Struktur sei dabei sekundär. Sie habe mit der Ärztekammer Hamburg Kontakt aufgenommen. Dort habe man ihr zwar bestätigt, dass es nur noch einen Weiterbildungsausschuss gebe, dessen Arbeit aber durch einen Pool von 1.620 Prüfer:innen begleitet werde. Da stelle sich für sie die Frage, wie diese Tätigkeit vergütet werde. Unter Umständen entstünden bei einer solchen Struktur sogar noch höhere Kosten.

Pankow wiederholte, ohne Konzept könne die DV im Mai nicht entscheiden. Thiede äußerte den Wunsch nach einer soliden Datengrundlage für eine Entscheidung. Für sie sei

nicht klar genug formuliert, was der erwartbare Nutzen einer Strukturreform sei. Erley warf ein, dass sich bei genauer Betrachtung der Anzahl der Ausschüsse feststellen lasse, dass die Weiterbildung in Berlin nicht besser oder schlechter als in anderen Bundesländern sei. Ihrer Meinung nach sei eine Spezialisierung der Ausschüsse zu begrüßen. „Ich wünsche mir Ärzt:innen in Weiterbildung in den Ausschüssen“, erklärte Dr. med. Katharina Kanthak (Marburger Bund).

Zunächst müsse man einen Schritt zurücktreten und sich die Frage stellen, warum die Strukturreform überhaupt nötig sei, so Dr. med. Thomas Werner (Marburger Bund). Es habe sich gezeigt, dass die aktuellen Prozesse schlicht zu langsam seien. Seines Erachtens müsse man nun auf konsequente Digitalisierung und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz setzen. Routineaufgaben und das reine „Abhaken“ von Listen könnten heute automatisiert werden. Das entlaste das Hauptamt massiv und spare wertvolle Ressourcen. Dabei sei jedoch eines klar: Der entscheidende Input müsse weiterhin aus der Praxis kommen, also von den Kliniken und dem Ehrenamt.

„Sorgsam mit Geld umzugehen“ stehe noch auf ihrer Wunschliste, so Thiede. Es bräuchte klare Entschädigungsregelungen. Derzeit würden jährlich rund 65.000 Euro für die Arbeit von Expert:innen ausgegeben. Für sie sei nicht klar herausgearbeitet worden, ob zwei Ausschüsse wirklich günstiger als sechs Ausschüsse seien. Sie bemängelte erneut eine fehlende Datengrundlage. Zudem könne die Erfahrung aus dem Ehrenamt niemals durch Künstliche Intelligenz ersetzt werden.

Dr. med. Susanne von der Heydt (Marburger Bund) merkte kritisch an, dass eine hohe Anzahl an Ausschussmitgliedern leider keinen Einfluss auf die Qualität der Facharztausbildung garantiere. Zudem bemängelte sie die sehr unterschiedliche Einsatzbereitschaft innerhalb des derzeitigen „Riesenkonstrukts“ von 142 Ehrenamtlichen in den Ausschüssen. Viele Weiterbildungsbefugte nähmen ihre Weiterbildungsverantwortung, die eigentlich eine „Ehrensache“ sein sollte, leider nicht ernst genug. Ihrer Meinung nach mache man mit einer Veränderung der Ausschussstruktur einen richtigen Schritt und sei gezwungen, die Prozesse zu verändern und noch besser zu machen.

Dr. med. Laura Schaad (Marburger Bund) merkte an, dass das Hauptamt bereits jetzt die gesamte Arbeit leiste. Die Größe der Weiterbildungsausschüsse habe ihrer Meinung nach keinen Einfluss auf die Qualität der Weiterbildung, weshalb es auch nicht entscheidend ist, wie viele es davon gebe. Dass die Vorsitzenden der Weiterbildungsausschüsse über ihre eigene Abschaffung in einem Arbeitskreis einen Beschluss fassen sollen, halte sie für nicht sinnvoll.

Für die kommenden Beratungen wünsche sie sich klare Tischvorlagen, die aufzeigen, welche Prozesse das Hauptamt tatsächlich bereits autark steuere, so Thiede. Momentan entstehe bei ihr der Eindruck, „das Ehrenamt würde die Abläufe im Hauptamt eher stören“. Wenn die Zusammenarbeit nicht funktioniere, müsse man miteinander sprechen, anstatt die ehrenamtliche Arbeit einfach einzustellen.

Von der Heydt erinnerte im Weiteren an die ursprüngliche Zielsetzung der Reform. Die zu langen Bearbeitungszeiten von Befugnisansträgen waren der Hauptgrund für das Bestreben, Prozesse grundlegend zu verändern und Verbesserungspotenziale zu nutzen. Selbstverständlich müsse man dabei auch die Finanzen im Blick behalten. Ihr gehe es keineswegs darum, das ehrenamtliche Engagement zu schmälern. Aber

Berliner Abgeordnete für den 130. Deutschen Ärztetag		
Liste	Abgeordnete:r	Stellvertreter:in
Hausärztinnen und Hausärzte in Berlin	Doris Höpner	Dr. med. Irmgard Landgraf
FrAktion Gesundheit	Dr. med. Katharina Thiede	Dr. med. Helene Michler
FrAktion Gesundheit	Julian Veelken	Matthias Marschner
FrAktion Gesundheit	Dr. med. Charlotte Hillmann	Caroline Meller
FrAktion Gesundheit	Prof. Dr. Andreas Umgelter	Dr. med. Stefan Hochfeld
Marburger Bund	Prof. Dr. med. Mandy Mangler	Prof. Dr. med. Tobias Tenenbaum
Marburger Bund	Prof. Dr. med. Jörg Weimann	PD Dr. med. Peter Bobbert
Marburger Bund	Dr. med. Susanne von der Heydt	Dr. med. Thomas Werner
Marburger Bund	Dr. med. Matthias Albrecht	Dr. med. Yüksel König
Marburger Bund	Dr. med. Innokentij Jurastow	Dr. med. Friedrich Welz
Marburger Bund	Dr. med. Klaus Thierse	Dr. med. Katharina Kanthak
Marburger Bund	Alexandra Archodoulakis	Kerstin Müller
Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund	Dr. med. Konstanze Schütze	Dr. med. Kathleen Chaoui
Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund	Dr. med. Regine Held	Dr. med. Klaus-Peter Spies
Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund	Dr. med. Christiane Wessel	Friederike Bennett
Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – MEDI Berlin – Virchowbund	Dr. med. Christian Messer	Dr. med. Heiner van Randenborgh

man müsse auch ehrlich in der Analyse sein und gerecht in der Inanspruchnahme des Ehrenamtes. Es müsse gezielt die Fachexpertise einbringen können und nicht stundenlang bei der Beratung fachfremder Angelegenheiten Zeit verschwenden. Für jede:n Vertreter:in des Ehrenamtes werde ein Zugang zum kammerinternen System zur Verfügung gestellt, was laufende Kosten verursache. Dieser mache aber nur Sinn, wenn er auch genutzt werde.

Zum Ende der Diskussion beantragte Pankow erneut, dass der damalige Arbeitskreis durch die Delegiertenversammlung eingesetzt wird und den Auftrag erhält, die strukturellen Grundlagen so auszuarbeiten, dass die DV zeitnah beschlussfähige Vorlagen erhält. Da der ursprüngliche Auftrag noch nicht als beendet angesehen werde, solle der Arbeitskreis seine Arbeit fortsetzen. Bobbert wies darauf hin, dass es klare satzungsrechtliche Zuständigkeiten gebe: Ein Arbeitskreis wird satzungsgemäß durch den Vorstand und nicht durch die DV eingerichtet. Als Kompromiss empfahl er Pankow, den Vorstand zu bitten, die Fortführung des Arbeitskreises zu prüfen. Dem kam Pankow nicht nach.

Bobbert fasste die von mehreren Delegierten als positiv wahrgenommene Diskussion zusammen. Veränderungen seien immer herausfordernd, besonders wenn sie den eigenen Wirkungsbereich betreffen. Dennoch sei die Reform unumgänglich, da man mit dem bisherigen Verfahren – insbesondere bezüglich der Dauer von Prozessen und Antragstellungen – nicht zufrieden sein könne. Seit dem 1. April des vergangenen Jahres seien bereits konkrete Prozessänderungen vorgenommen worden, teils gegen interne Widerstände. Nun solle die Effizienz der Kammer, die bereits hervorragende Arbeit leiste, weiter gesteigert werden. Wenn die fachlichen Kriterien durch das Ehrenamt erst einmal definiert seien, müsse die operative Abwicklung der Anträge schnell und effizient durch das Hauptamt erfolgen können. Eine erneute Befassung des Ehrenamtes mit Standardprozessen sei nicht zielführend, wenn es um die Beschleunigung der Verfahren im Sinne der Mitglieder gehe, so Bobbert. Das dies auch ein neues Rollenverständnis seitens des Ehrenamtes erfordere, sei für ihn ebenso klar.

### Wahlen und Ausblick

Es folgten Wahlen für die Ausschüsse sowie der Beschluss, den Beirat für Fortbildungsanerkennung der Ärztekammer Berlin einzustellen und die Mitglieder in den Fortbildungsausschuss zu integrieren. Dr. med. Regine Held (Allianz Berliner Ärztinnen und Ärzte – Medi Berlin – Virchowbund) begrüßte diese Entscheidung ausdrücklich, merkte aber an, dass der Ausschuss aus ihrer Sicht dann zu groß werde.

Eine Änderung der Hauptsatzung der Ärztekammer Berlin, mit der unter anderem Unklarheiten hinsichtlich der Einsetzung

von „Ausschüssen“ durch die DV beseitigt werden sollten, fand hingegen nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit. Eine Änderung der Gebührenordnung der Ärztekammer Berlin, die unter anderem eine Anhebung der Gebühren für Fortbildungsveranstaltungen bewirken soll, wurde wiederum angenommen. Anschließend wurden die Abgeordneten sowie ihre Stellvertretungen für den 130. Deutschen Ärztetag gewählt, der vom 12. bis 15. Mai 2026 in Hannover stattfindet.

Abschließend stellte Werner in einem kurzen Vortrag die Ergebnisse des Arbeitskreises „Fachärztin/Facharzt für klinische Akut- und Notfallmedizin“ vor. Damit bereite er den Boden für die Diskussion in der nächsten DV, in der die Referent:innen jeweils Pro- und Kontra-Argumente hinsichtlich einer Einführung einbringen sollen.

Die nächste Delegiertenversammlung findet am 6. Mai 2026 statt. /



**Ole Eggert**

Pressesprecher und Leiter der  
Stabsstelle Presse / Gesundheitspolitik  
Foto: André Wagenzik

### Berichte, Anträge & Beschlüsse der Delegiertenversammlung

Unter → [www.aekb.de/dv-online-dokumentation](http://www.aekb.de/dv-online-dokumentation)  
können die Ergebnisse aller Delegiertenversammlungen  
eingesehen werden.